

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich zunächst ganz klar und unmissverständlich feststellen: **Wir teilen das Anliegen dieser Vorlage.** Sozialer Wohnungsbau ist ein zentrales Element einer solidarischen, sozialen Stadtentwicklung, und auch für unsere Fraktion – für die SPD und für Bündnis 90/Die Grünen – ist die Sicherung und Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum eine tägliche politische Verpflichtung. Niemand in dieser Fraktion bestreitet, dass wir aktiv gegen Wohnungsnot und steigende Mieten vorgehen müssen. Dies ist nicht nur politisches Ziel, sondern selbstverständlicher Anspruch sozialer und nachhaltiger Stadtpolitik.

Die Verwaltung hat in den vergangenen Jahren unter anderem schon dargestellt, wie sich der Bestand an belegungsgebundenen Sozialwohnungen entwickelt hat und wo aktuelle Herausforderungen liegen. Wir wissen, dass sich soziale Wohnungsbestände in Neubrandenburg trotz leichter Zuwächse nicht nachhaltig stabilisiert haben und Bindungsfristen auslaufen.

Aber genau an dieser Stelle müssen wir kritisch hinterfragen, was **diese Beschlussvorlage tatsächlich erreichen soll.**

Die Vorlage beauftragt den Oberbürgermeister im Wesentlichen mit genau jenen Punkten, die ohnehin **täglich auf der Agenda der Verwaltung stehen:**

- die Erstellung einer **Bestands- und Bedarfsanalyse,**
- die systematische Prüfung von Fördermöglichkeiten,
- Gespräche und Austausch mit lokalen Wohnungsunternehmen,
- sowie das Erarbeiten eines Berichts mit Konzeptvorschlägen bis spätestens zum 30. Juni 2026.

Dies wirft für uns die grundlegende Frage auf: **Warum müssen wir dafür heute in der Stadtvertretung abstimmen?**

Alles, was hier formuliert wird, ist – wie der Titel der Vorlage selbst sagt – **Analyse, Bewertung und Konzeptentwicklung.** Diese Arbeiten sind klassische Aufgaben der Verwaltung im **normalen Geschäftsbetrieb.** Sie sind kein politisches „Signal“ oder Entscheidungspaket, sondern gehören vielmehr zu den

routinemäßigen Vorbereitungs- und Planungsprozessen, die ohnehin systematisch zu erfolgen haben, bevor politische Weichenstellungen inhaltlich und finanziell zu fassen sind.

Anders formuliert, Herr Oberbürgermeister:

**Was würde sich konkret ändern**, wenn dieser Beschluss heute gefasst würde?

Welche zusätzlichen Ressourcen, welche neue Kompetenz oder welchen neuen Impuls setzt dieser Beschluss, den Verwaltung, Politik und Wohnungsunternehmen nicht ohnehin schon verfolgen oder verfolgen müssten?

Die Vorlage listet eine Reihe von sinnvollen Schritten auf – keine Frage. Aber sie beantwortet für uns nicht die Frage, **welche konkreten politischen Entscheidungen durch diese Vorlage vorbereitet werden sollen, die nicht bereits Gegenstand der regulären Verwaltungsarbeit sind**. Eine reine Auftragsanalyse und Konzeption kann und sollte die Verwaltung auch ohne einen formalpolitischen Beschluss vornehmen.

Deshalb, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, **lehnen wir diese Beschlussvorlage heute ab**. Nicht weil wir das Thema oder seine Bedeutung in Frage stellen – ganz im Gegenteil! – sondern weil wir eine klare Erwartung an dieses Gremium und **an die Verwaltung** haben: Wir haben mit der NEUWOGES ein kommunales Unternehmen, das sich in unserem Auftrag um Daseinsvorsorge und sozialen Wohnraum zu kümmern hat und da erwarten wir eher **konkrete, handlungsfähige Beschlüsse**, die unmittelbar dazu beitragen, solchen sozialen Wohnraum zu schaffen, zu sichern und zu erhalten – und keine Vorlage, die in Wirklichkeit nur eine **nachträgliche Bestätigung dessen fordert, was ohnehin getan werden muss**.

Was wir bräuchten, sind Entscheidungen über **Förderprojekte, über Zielquoten, über städtebauliche Planungsvorgaben (Stichwort Bauflächen) und über konkrete Bau- und Finanzierungswege (also B-Pläne)**, nicht einen Beschluss, der im Ergebnis genau dort ankommen wird, wo wir heute schon stehen.

Vielen Dank.